



# KONJUNKTURREPORT

15. Jg., Ausgabe 1, März 2015

## Ölpreisrückgang und Euro- Abwertung stützen Konjunktur

Die **Weltwirtschaft** setzt ihre moderate Erholung fort. Die ölimportierenden Staaten profitieren vom drastischen Ölpreisrückgang seit Sommer 2014. Umfragebasierte Indikatoren deuten auf eine leichte Aufhellung der Erwartungen für die kommenden Monate hin, insbesondere in Nordamerika und Europa. Hingegen trübten sich die Aussichten in China und dem Nahen Osten ein.

In den **USA** stieg das reale, saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal um 0,5 %, nach 1,2 % im dritten Quartal. Im Gesamtjahr 2014 stieg das BIP um 2,4 %. Robust entwickelten sich zum Jahresende der private Konsum und die Anlageinvestitionen, während sich das Wachstum des öffentlichen Konsums abschwächte und die Importe beschleunigt ausgeweitet wurden. In **Japan** stieg die Wirtschaftsleistung im vierten Jahresviertel um 0,6 %, nach einem Rückgang um 0,6 % im dritten Quartal. Für das Gesamtjahr liegt noch keine Schätzung vor. Im Schlussquartal kamen vom privaten Konsum, den Lagerbestandsveränderungen und dem Außenbeitrag positive Beiträge. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal um 1,5 %, nach 1,9 % im dritten Jahresviertel. Im Vorjahresvergleich ergab sich im vierten Quartal - wie im Quartal davor - ein Wachstum von 7,3 %. Im Gesamtjahr 2014 nahm die Wirtschaftsleistung um 7,4 % zu. Dies war das niedrigste Wachstum in China seit 24 Jahren.

Im **Euroraum** nahm das reale BIP einer Schnellschätzung zufolge zwischen Oktober und Dezember gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % zu, nach 0,2 % im dritten Quartal. In der **EU-28** stieg die Wirtschaftsleistung jeweils um 0,1 Prozentpunkte stärker. Im Jahresdurchschnitt 2014 erhöhte sich gemäß der vorläufigen Schätzung die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0,9 % und in der EU-28 um 1,4 %. Kräftig fiel zum Jahresende der Anstieg in Deutschland, Spanien, Portugal und einigen mittel- und osteuropäischen Staaten aus. In Frankreich stieg das BIP nur wenig, in Italien stagnierte es und in Griechenland sank es.

In **Österreich** stagnierte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im dritten und vierten Quartal, nachdem sie im ersten und zweiten Quartal jeweils um 0,1 % gestiegen war. Für das Gesamtjahr ergibt sich ein Wachstum von 0,3 %. Im vierten Quartal stagnierte der private Konsum. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken unverändert kräftig. Positiv entwickelten sich der Staatskonsum und die Exporte. Da die Importe wegen der schwachen Binnennachfrage sanken, trug der Außenbeitrag positiv zur Wirtschaftsleistung bei. In der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, in der Landwirtschaft, im Kreditwesen sowie im Bereich Information und Kommunikation ging die Wertschöpfung zurück. Positiv entwickelte sie sich im Grundstücks- und Wohnungswesen, den sonstigen wirtschaftsnahen und den öffentlichen Dienstleistungen. In den kommenden Monaten sollte die Konjunktur in Österreich von der Euro-Abwertung und dem Ölpreisverfall Impulse erhalten. Ein Risiko stellen die geopolitischen Unsicherheiten dar.

In **Kärnten** ist die Konjunktur schwach. Im Jahr 2013 erhöhte sich das nominelle Bruttoregionalprodukt nur um 0,3 %, verglichen mit 1,7 % in ganz Österreich. Auch im Jahr 2014 war die Wirtschaftsentwicklung in Kärnten schwächer als im Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum Jänner bis November sank der Produktionsindex im Bauwesen in Kärnten um 4,7 % (Österreich: -1,5 %). Besonders auffällig war die Divergenz im Tiefbau, der von öffentlichen Aufträgen abhängt. In diesem Bereich ging der Produktionsindex in Kärnten um knapp 9 % zurück, verglichen mit einem Anstieg um knapp 7 % im Österreich-Durchschnitt. Mit einem Wachstum um 3,3 % entwickelte sich die Warenproduktion in Kärnten besser als in Österreich insgesamt (0,9 %). Auch 2015 dürfte die Konjunktdynamik in Kärnten unterdurchschnittlich bleiben, sodass die Arbeitslosigkeit hoch bleibt. Die aktuelle Wirtschaftsprognose für Kärnten kann über die Homepage des IHS Kärnten abgerufen werden:  
<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>

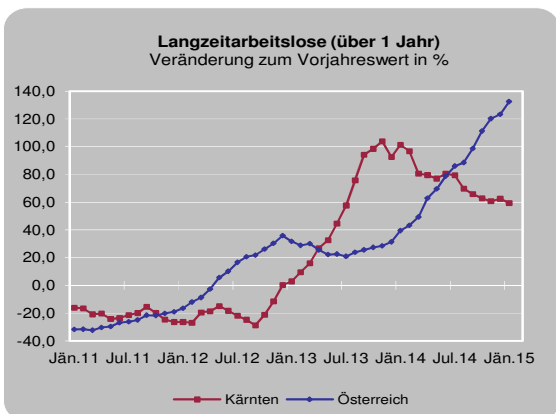
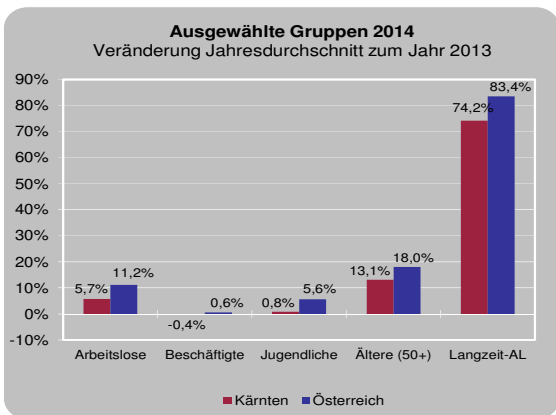
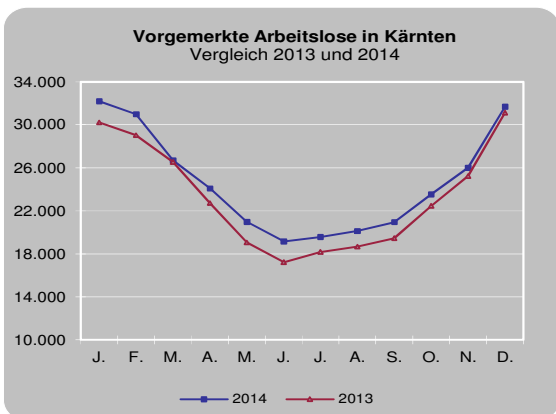
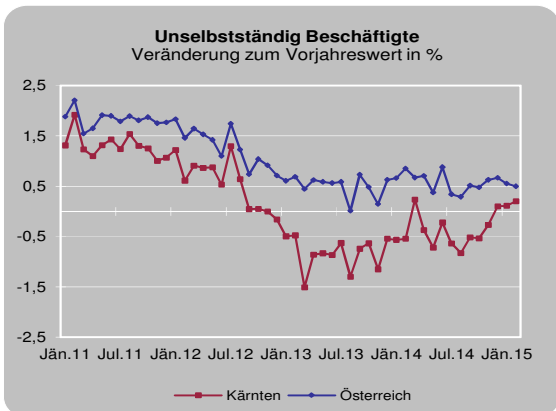
Klaus Weyerstraß

**Aktuelles vom Arbeitsmarkt**

Auch zum Jahresbeginn wird keine Entspannung am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt beobachtet. So beträgt im Februar 2015 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 31.408 und liegt damit um 1,3 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 397.589; +11,4 %). Positiv gilt es allerdings hervorzuheben, dass in Kärnten seit Dezember 2014 die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder zunimmt (Februar 2015: +0,2 %), während im Jahresdurchschnitt 2014 ein Rückgang der Beschäftigung (-0,4 %) – bei einem österreichweiten Anstieg von +0,6 % – verzeichnet wurde. Aktuelle Wirtschaftsprognosen deuten allerdings auf keine merkliche Konjunkturbelebung im Verlauf des Jahres 2015 hin<sup>1</sup>, wodurch die Beschäftigung in Kärnten nur moderat zunehmen wird (+0,4 %). Auch muss von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit um 1,4 % ausgegangen werden, da das Arbeitskräfteangebot stärker zunimmt, als die Beschäftigung.<sup>2</sup>

In der ersten Ausgabe des Konjunkturreports erfolgt ein Rückblick auf die Arbeitsmarktentwicklung des abgelaufenen Kalenderjahres: Im Jahresdurchschnitt 2014 betrug die Arbeitslosenquote in Kärnten 10,8 % und liegt damit um 0,6 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres (Österreich: 8,4 %; +0,8 Prozentpunkte), womit die Differenz zur gesamtösterreichischen Arbeitslosenquote marginal verringert werden konnte. Auch stieg die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim AMS im Jahresdurchschnitt um 7,7 % gegenüber dem Vorjahr (Österreich: +2,5 %). Allerdings hätte ohne Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik laut AMS Kärnten die Arbeitslosenquote 13,0 % betragen, womit ein überdurchschnittlicher Entlastungseffekt erreicht wurde.<sup>3</sup>

Bei einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten (+0,8 % verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 2013) bestehen strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung in anderen Bereichen hingegen fort. Besonders dramatisch zeigte sich die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr); diese stieg um 74,2 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) nahm 2014 mit +13,1 % überdurchschnittlich stark zu. Robert Klinglmair



<sup>1</sup> Vgl. Fortin et al. (2014): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2014-2016 – Wachstumsvorsprung verloren. Economic Forecast 85/2014. Institut für Höhere Studien. Wien.  
<sup>2</sup> Vgl. IHS Kärnten (2014): Wirtschaftsprognose Kärnten Oktober 2014. Klagenfurt.  
<sup>3</sup> Vgl. Arbeitsmarktservice Kärnten (2015): Geschäftsbericht 2014, S. 28.

## Geldpolitik als Konjunkturpaket?

Am 22. Jänner beschloss der EZB-Rat den erweiterten Ankauf von Anleihen und erfüllte damit die bestehende Erwartungshaltung einer noch expansiveren Geldpolitik für den Euro-Raum. Im Konkreten plant die EZB bis mindestens September 2016 monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in der Höhe von € 60 Mrd. Damit werden in den nächsten eineinhalb Jahren weit mehr als € 1 Billion für Anleihenkäufe auf dem Sekundärmarkt aufgewendet. Die auch als „Quantitative Easing (QE)“ bezeichnete geldpolitische Intervention begründet die EZB mit der Erfüllung des Mandats zur Gewährung von Preisstabilität.<sup>4</sup> Die aktuelle Inflationsentwicklung im Euroraum deutet darauf hin, dass eine deflationäre Entwicklung bereits vorhanden ist. Im Dezember 2014 lag die Inflation erstmals im negative Bereich (-0,2 %) und hat sich im Jänner mit -0,6 % noch verstärkt.<sup>5</sup> Nachdem die EZB aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus<sup>6</sup> nahezu keinerlei weitere Anpassungsmöglichkeiten (nach unten) bei Ihrem wichtigen Steuerungsinstrument, dem Zinssatz, hat, bleibt nur die Steuerung der Geldmenge als geldpolitisches Instrument übrig.

Aus geldtheoretischer Sicht stellt das QE einen Aktivtausch in den Bankbilanzen dar, denn die EZB (bzw. die nationalen Zentralbanken) erwirbt am Sekundärmarkt Anleihen von den Banken und diese bekommen dafür zusätzliche Reserven bei den Zentralbanken. Durch den Erwerb von Anleihen am Sekundärmarkt soll eine direkte Kreditfinanzierung der öffentlichen Hand vermieden und damit dem Vorwurf der unerlaubten Staatsfinanzierung durch die EZB entgegnet werden. Eine indirekte, über die Banken stattfindende Finanzierung, hat jedoch letztendlich denselben Effekt, nämlich niedrige Zinsen und Refinanzierungskosten für die öffentlichen Haushalte und einen abnehmenden Druck auf die öffentlichen Budgets.

Einen konjunkturellen Impuls erhofft sich die EZB über den sogenannten portfeuilletheoretischen Transmissionsmechanismus: Denn durch den Ankauf von (langfristigen) Wertpapieren wird der Preis dieser nach oben getrieben (die Rendite sinkt) und die Geldmenge

steigt. Da Anleger danach streben ein Portfeuille hinsichtlich Ertrag und Risiko zu optimieren, werden diese gezwungen den Geldanteil (mit dem Ertrag von Null) zu reduzieren und Wertpapiere zu kaufen, deren Ertrag (Kurs) noch günstig ist. Dieses Umschichten kann nur auf „Kosten“ der anderen Geldmarktteilnehmer gelingen, wodurch die Zinsen entlang des Anleihenmarktes fallen. Als Reaktion darauf werden von den Anlegern risikoreichere Anlagen (Aktien, sonstige Vermögenswerte) erworben und auch deren Kurs steigt (bzw. die Rendite fällt). Am Ende des Transmissionsprozesses steht die Vermutung, dass die Anlageentscheidungen zunehmend in der Realwirtschaft ankommen, indem Investitionsgüter und dauerhafte Konsumgüter erworben werden.

In welcher Weise die geldpolitischen Interventionen der EZB zu einer höheren Kreditvergabe der Banken beitragen, ist jedoch sehr unsicher. Einerseits verfügen die Banken bereits seit geraumer Zeit über sehr viel Liquidität und die Gefahr besteht, dass die zusätzlichen Reserven nicht in die Kreditvergabe fließen, sondern Banken Aktien oder andere Finanzanlagen und Vermögenswerte kaufen. Dieser „Ausweichprozess“ ist jedoch auch ein Zeichen der schwachen konjunkturellen Nachfrage bzw. der strukturellen makroökonomischen Probleme in Europa. Denn für die Ausgaben bzw. Investitionspläne von Unternehmen ist nicht der absolute Fremdkapitalzins von Relevanz, sondern die Differenz zwischen der Rendite eines Projektes (einer Investition) und dem Zins. Sehr günstige Refinanzierungskosten bzw. fallende Zinsen können im Fall einer schwachen konjunkturellen Situation von einem Sinken der Ertragsraten der Investitionsprojekte übertroffen werden und einer expansiven Kreditvergabe entgegenstehen.

Die angesprochenen Zusammenhänge machen somit deutlich, dass die tatsächliche Wirkung der Geldpolitik schwer abschätzbar ist, es zwangsläufig zu Anpassungs- und Ausweichreaktionen kommt und die intendierte Wirkung erst mittel- bis langfristig zu erwarten ist. Strukturelle Probleme des Euroraumes wie die fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten, Leistungsbilanzdefizite, ineffiziente Verwaltungsstrukturen oder fehlende Innovationsleistungen können jedoch nicht mit geldpolitischen Instrumenten behoben werden.

Markus Gilbert Bliem

<sup>4</sup> Vgl. Europäische Zentralbank. Pressemitteilung vom 22. Januar 2015- EZB kündigt erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten an.

<sup>5</sup> Euro area (changing composition) - HICP - Overall index, Annual rate of change, Eurostat, Neither seasonally nor working day adjusted.

<sup>6</sup> Am 22.01.2015 hat die EZB beschlossen den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05 %, 0,30 % und -0,20 % zu belassen.

## Österreich fällt zurück

Österreich hat offensichtlich schleichend an Wettbewerbsfähigkeit verloren – gegenüber dem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit fällt Österreich im EU-Vergleich immer stärker zurück. Eine Ursache liegt in der Krisenentwicklung in Ländern Südost- und Osteuropas. In diesen Ländern war und ist Österreich besonders stark engagiert und hat in früheren Jahren vom Aufholprozess und den hohen Wachstumsraten in diesen Regionen profitiert. Es sind jedoch auch die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande selbst, die sich hemmend auswirken.

Bei einer Steuer- und Abgabenquote von über 45 % verfügt Österreich über reichlich fließende Staatseinnahmen und weist trotzdem eine erhebliche Neuverschuldung auf. Die angekündigte Steuerreform soll Entlastungen bringen, doch ist völlig unklar, wie die notwendige Gegenfinanzierung aussieht. Steuererhöhungen für Besserverdienende sollten beim geltenden hohen Belastungsniveau ausgeschlossen sein; Vermögenszuwächse sind bereits umfassend besteuert; Steuern auf Vermögen hätten die Grundsteuer als naheliegenden Ansatzpunkt – nicht unproblematisch im Hinblick auf deren Abwälzung Mieter und speziell im Fall der Stadt Wien als größtem Vermieter im Lande mit dem Wahltermin in diesem Jahr.

Notwendig, auch für das Ziel einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf den EU-Durchschnitt von 41 %, wären demgegenüber Ausgabenkürzungen und allenfalls die Einmalwirkungen von Privatisierungserlösen. Möglich sind deutliche Kürzungen bei den verschiedenen Subventionen, wo Österreich in Relation zum BIP Spitzenreiter in der EU ist. Auch aus anderen Gründen sind Reformen im Pensionsbereich notwendig, wo eine beschleunigte Erhöhung des Pensionsantrittsalters mit deutlichen Einsparungen beim Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung verbunden wäre. Andere Reformaufgaben, bei Bildung, Gesundheit oder Verwaltung bringen kurzfristig möglicherweise keine Einsparungen, sind jedoch wichtig, um dem Eindruck einer reformunfähigen, vielfach blockierten Regierungskoalition entgegenzutreten und die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu verbessern. Wenn im Hinblick auf die Problemfälle in der Eurozone die Notwendigkeit von Strukturreformen wieder und wieder betont wird, damit diese Länder an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und Wachstumsimpulse generieren können – und das Beispiel Spaniens zeigt, dass dies funktionieren kann, aber auch im Fall Griechenlands haben sich erste Anzeichen einer Erholung

gezeigt, die jetzt durch die Wahlen und den Sieg der Syriza Protestbewegung mit ihren abenteuerlichen Versprechungen in Frage gestellt sind – trifft diese Notwendigkeit auch für Österreich zu, wenn der schleichende Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufgehalten und umgekehrt werden soll. Die Wachstumseffekte durch die Ostöffnung drohen zu versiegen oder sich gar gegen Österreich zu wenden, wie dies bei den großen Banken bereits geschieht. Große staatliche Investitionsprogramme werden durch die Budget- und Verschuldungssituation ausgeschlossen und wären wachstumspolitisch von zweifelhaftem Wert. Zielführend ist allein eine Modernisierung des Landes im Sinne einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die vom Abbau von Regulierungen bis zu einer umfassenden Steuerreform reicht. Bei dieser Steuerreform sollten auch die Finanzverfassung des Landes, die Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei staatlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen eine zentrale Rolle spielen und damit das Thema einer Verwaltungsreform, das schon sehr lange aber ohne sichtbaren Erfolg diskutiert wird.

Zu wünschen wäre hier auch ein Stück Wettbewerbsföderalismus, wie er in Österreich nicht einmal in Ansätzen besteht. Die Wirtschaftspolitik der Länder profiliert sich ausschließlich über die Ausgabenseite – Landtagswahlen werden mit höheren Ausgaben gewonnen, während die Einnahmen über den Finanzausgleich vom Bund zur Verfügung gestellt werden, an den sich dann auch Forderungen nach einer besseren Finanzausstattung richten. Im jüngsten Länderbericht hat die EU-Kommission u.a. auch auf dieses Anreizprobleme im österreichischen Steuersystem hingewiesen<sup>7</sup>. Eine veränderte Anreizstruktur würde sich dagegen ergeben, wenn den Ländern über Zu- und Abschlagsrechte bei der Lohn- und Einkommenssteuer sowie der Körperschaftssteuer eine gewisse Steuerautonomie eingeräumt würde. Die Einschätzung, dass von einer solchen Regelung nur die wirtschaftsstarken Bundesländer profitieren könnten, die über niedrigere Steuersätze Investitionen anziehen und hierdurch noch stärker prosperieren würden, während ein Land wie Kärnten bei den Verlierern sei, lässt sich mit Blick auf Schweizer Kantone durchaus widerlegen. Dass sich die Regierungskoalition auf eine umfassende, ehrgeizige Steuerreform und zugleich auf eine Reform von Finanzverfassung und Finanzausgleich einigen wird können, erscheint allerdings als ein sehr kühner Optimismus.

Hans-Joachim Bodenhöfer

<sup>7</sup> Vgl. Commission Staff Working Document/Country Report Austria 2015 - SWD(2015) 39 final 57407/EU XXV.GP

## Kärnten und seine italienischen Nachbarregionen (I)

Das Ziel der europäischen Regionalpolitik die territoriale Zusammenarbeit transnationaler Regionen zu verstärken, ist auch in Kärnten von besonderer Bedeutung. Als Teil des EU-Kooperationsprogramms Interreg Italien-Österreich als auch des EVTZ<sup>8</sup> Programms Euregio „Senza Confini“, wirkt Kärnten bereits seit Jahren intensiv an einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Integration im Grenzraum zwischen Italien und Österreich mit. Ziel dieser Programme ist die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowie die Förderung von Nachhaltigkeit im Alpenraum.

In dieser und den kommenden Ausgaben des Konjunkturreports möchten wir Kärnten und seine italienischen Nachbarregionen auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede in wirtschaftlich relevanten Themenbereichen<sup>9</sup> untersuchen. Dabei nutzen wir diese Ausgabe um die Regionen zunächst ganz allgemein vorzustellen. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Vergleich wesentlicher volkswirtschaftlicher Kennzahlen.

Das Gebiet, welches diesem Regionen-Vergleich unterzogen wird, umfasst das Bundesland Kärnten sowie die norditalienischen Regionen Friaul-Julisch Venetien, Veneto und Trentino-Südtirol<sup>10</sup>. Die Gesamtfläche des Gebietes umfasst ca. 50.000 km<sup>2</sup>, wobei die Region Veneto mit 18.407 km<sup>2</sup> flächenmäßig die größte Region ist, gefolgt von Trentino-Südtirol (13.605 km<sup>2</sup>), Kärnten (9.538 km<sup>2</sup>) und Friaul-Julisch Venetien (7.862 km<sup>2</sup>). In Bezug auf die Bevölkerungsdichte ist Veneto die am dichtest besiedelte Region mit 256 Einwohnern pro km<sup>2</sup> (4,9 Mio. Einwohner absolut). Grund dafür ist die verhältnismäßig große Anzahl an Großstädten (4 Städte mit einer Einwohnerzahl über 100.000 wovon 3 mehr als 200.000 Einwohner haben) und die geografische Beschaffenheit (56 % eben, 29 % bergig und 14 % hügelig). Auch Friaul-Julisch Venetien ist trotz des hohen Anteils an Berglandschaften (42,5%) mit 155 Einwohnern pro km<sup>2</sup> relativ dicht besiedelt. Die beiden Regionen Kärnten und Trentino-Südtirol haben eine ähnliche Bevölkerungsdichte, wobei Kärnten mit 58 Einwohnern pro km<sup>2</sup> die am wenigsten dicht

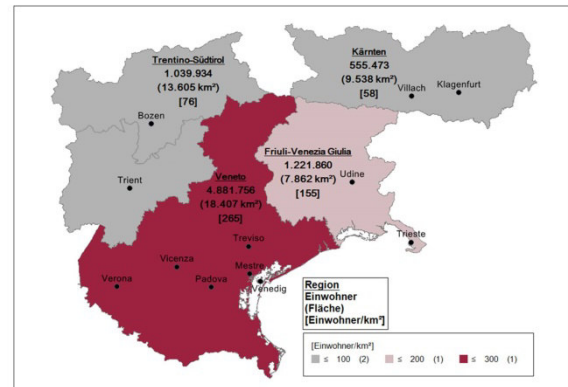
<sup>8</sup> Europäischer Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ)

<sup>9</sup> Mögliche Themen sind beispielsweise die Entwicklungen und Herausforderungen am Arbeitsmarkt, in der Bildungspolitik oder im Bereich der wissensintensiven Unternehmensgründungen.

<sup>10</sup> Die Region Trentino-Südtirol besteht aus den beiden autonomen Provinzen Trentino und Südtirol. Im Folgenden werden je nach Datenverfügbarkeit die Region oder die beiden Provinzen einzeln dargestellt.

besiedelte Region ist. Trentino-Südtirol hat 76 Einwohner pro km<sup>2</sup>.<sup>11</sup>

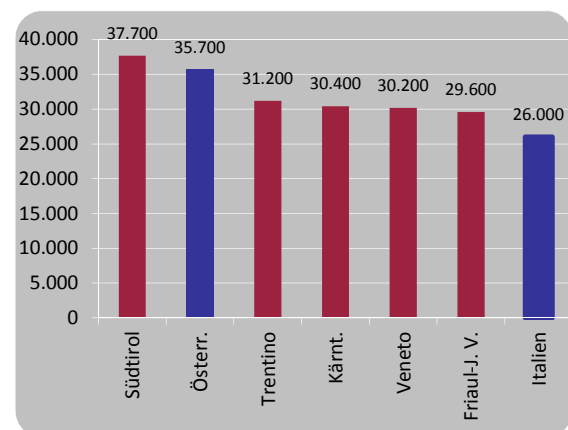
**Abbildung 1: Größe und Einwohnerzahl der untersuchten Regionen, 2013**



Quelle: Eurostat (2015a); eigene Darstellung

In Bezug auf den Wohlstand – gemessen am Bruttoregionalprodukt je Einwohner – ist das reichste Land die Provinz Südtirol in der Region Trentino-Südtirol. Die Regionen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien, Veneto und Trentino liegen alle zwischen dem österreichischen und italienischen Schnitt (siehe Abbildung 2).

**Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (zu laufenden Preisen), 2011**

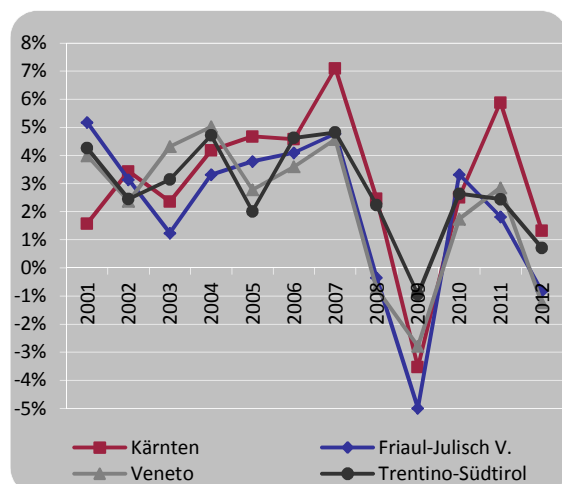


Quelle: Eurostat (2015b); eigene Darstellung

Über die Zeitperiode 2001 bis 2012 weisen alle vier Regionen einen ähnlichen konjunkturellen Trend auf (siehe Abbildung 3): Die Wachstumsrate des nominellen Bruttoregionalproduktes schwankt in den Jahren 2001 bis 2007 zwischen 1 % und 7 %. Ab 2007 befinden sich alle vier Regionen in einer Rezession aus der sie sich bis 2012 nicht vollständig erholt haben. Führend in Bezug auf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum über den beobachteten Zeitraum ist Kärnten mit 3 %, gefolgt von Trentino-Südtirol mit 2,8 %, Veneto mit 2,2 % und Friaul-Julisch Venetien mit 2 %.

<sup>11</sup> Vgl. Eurostat (2015a, online): Bevölkerung und Fläche.

Abbildung 3: Wachstumsraten des nominellen Bruttoregionalproduktes, 2001-2012



Quelle: Statistik Austria (2015a); ISTAT (2015a); eigene Berechnungen

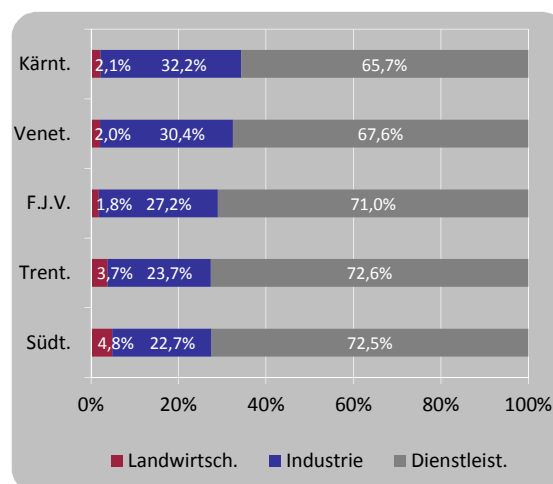
Die Wirtschaftskrise sorgte auch am Arbeitsmarkt zu einem Anstieg der Arbeitslosenquoten in allen Regionen. Allerdings gibt es beträchtliche Niveauunterschiede: Die Regionen Veneto und Friaul-Julisch Venetien liegen mit einer Arbeitslosenquote<sup>12</sup> von 7,6 % bzw. 7,7 % (Jahr 2013) zwar weit unter dem italienischen Schnitt von 12,2 %, dennoch liegen sie um 2,3 bzw. 2,4 Prozentpunkte höher als im benachbarten Kärnten. Die Provinz Südtirol hingegen liegt mit einer Arbeitslosenquote von 4,4 % zwar unter dem österreichischen Schnitt von 4,9 % und somit auf Platz 1 im Regionenvergleich, allerdings weist Südtirol einen überdurchschnittlich hohen Anstieg der Arbeitslosen auf; so lag die Arbeitslosenquote vor 2011 noch unter 3 %. Die im Süden angrenzende Provinz Trentino hat eine Arbeitslosenquote von 6,6 % und befindet sich damit zwischen den Regionen Kärnten und Veneto.<sup>13</sup>

In Hinblick auf die Wirtschaftsstruktur zeigen sich die größten strukturellen Unterschiede zwischen der Region Trentino-Südtirol und den restlichen Regionen. Wie Abbildung 4 zeigt, ist die Aufteilung zwischen den Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen in den Regionen Kärnten, Veneto und Friaul-Julisch Venetien überaus vergleichbar: ca. 2 % der Bruttowertschöpfung ist der Landwirtschaft zuzuordnen, 27-32 % der Industrie und 66-71 % dem Dienstleistungsbereich. In den beiden Provinzen Südtirol und Trentino ist der primäre und tertiäre Sektor im Vergleich deutlich stärker ausgeprägt. Der sekundäre Sektor mit knapp über 20 % der Bruttowertschöpfung liegt hingegen deutlich hinter den anderen Regionen.

<sup>12</sup> Bemessung der Arbeitslosenquote nach EU-Definition.

<sup>13</sup> Vgl. Eurostat (2015c, online): Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen.

Abbildung 4: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen, 2012



Quelle: Statistik Austria (2015b); ISTAT (2015b); eigene Berechnungen

Der große Unterschied in der Bedeutung der Landwirtschaft ist vorwiegend auf den Obstbau in der Region Trentino-Südtirol zurückzuführen. Besonders der Anbau von Äpfeln spielt in der Provinz Südtirol eine wichtige Rolle (die Apfelproduktion macht mehr als 50 % der Bruttowertschöpfung im Bereich der Landwirtschaft aus).

Der geringe Anteil der Industrie in den beiden Provinzen ist vor allem auf das verarbeitende Gewerbe zurückzuführen. In der Herstellung von Waren, insbesondere im Bereich Maschinenbau, sind die Regionen Veneto und Friaul-Julisch Venetien Vorreiter. Der relativ große Anteil der Industrie in Kärnten ist besonders auf die stärkere Bedeutung der Bereiche Bau, Energie- und Wasserversorgung im Vergleich zu den beiden Regionen Veneto und Friaul-Julisch Venetien zurückzuführen.

Die Unterschiede zwischen den Regionen im tertiären Sektor sind vor allem auf die unterschiedliche Bedeutung der Wirtschaftszweige Tourismus und Grundstücks- und Wohnungswesen zurückzuführen. In den Regionen Südtirol, Kärnten und Trentino ist vor allem der Tourismus relativ stark ausgeprägt. Besonders in Südtirol ist der Sektor Beherbergung und Gastronomie mit einem Anteil von 11 %<sup>14</sup> an der Bruttowertschöpfung Grund für den relativ hohen Anteil des Dienstleistungsbereichs. Der geringere Anteil des tertiären Sektors in Kärnten ist vor allem auf die relativ mäßige Bedeutung des Grundstücks- und Wohnungswesen zurückzuführen. Führend in diesem Bereich ist die Provinz Trentino mit einem Anteil von 15 % an der Bruttowertschöpfung<sup>15</sup>.

<sup>14</sup> In Trentino und Kärnten hat der Sektor Beherbergung und Gastronomie einen Anteil von 6 %; in Veneto und Friaul-Julisch Venetien von 4 %.

<sup>15</sup> In Kärnten beträgt der Anteil des Grundstücks- und Wohnungswesens 9 %, in Südtirol 11 %, in Friaul-Julisch Venetien 12 % und in Veneto 14 %.

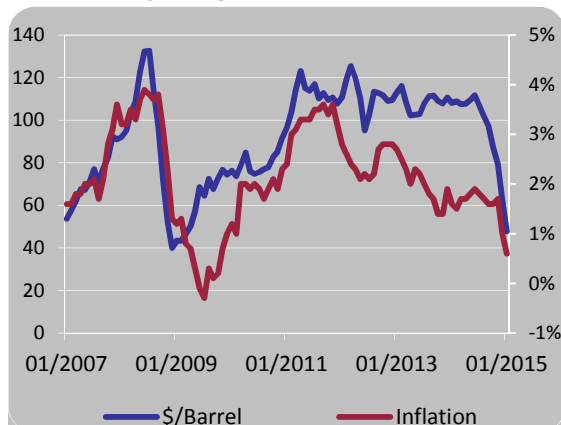
Zusammenfassend ergibt sich im makroökonomischen Vergleich der Regionen ein durchaus heterogenes Gesamtbild: Einerseits gibt es große strukturelle Unterschiede – vor allem zwischen der Region Trentino-Südtirol und den restlichen Regionen – andererseits ist die Entwicklung der Wirtschaftsleistung in allen Regionen sehr ähnlich. Diese gemeinsame Entwicklung ist einerseits auf die immer stärkeren internationalen Wirtschaftsverflechtungen aber auch auf die gemeinsamen Ziele, welche die Regionen und Nationalstaaten im Rahmen der europäischen Politik verfolgen, zurückzuführen. Eines dieser Ziele – die Förderung von Innovation und Forschung – wird Thema der zweiten Ausgabe des Regionen-Vergleichs sein.

Silvia Angerer

## Ökonomische Auswirkungen der Ölpreisentwicklung

Der Preis für ein Barrel Öl (Europe Brent) hat im letzten Jahr um mehr als die Hälfte abgenommen und liegt derzeit unter \$ 50. Als mögliche Ursachen des Preisverfalls werden u. a. ein Überangebot durch die Exploration von Ölsand- und Schiefergasvorkommen (Frackingboom) sowie Substitutionsmöglichkeiten angeführt. Vor allem die USA haben in den letzten Jahren das tägliche Fördervolumen wesentlich – von 7,5 auf 11,3 Mio. Barrel – erhöht, und wandelten sich somit zum Exporteur von Erdöl/-erzeugnissen.

Abbildung 5: Ölpreis und Inflation seit 2007



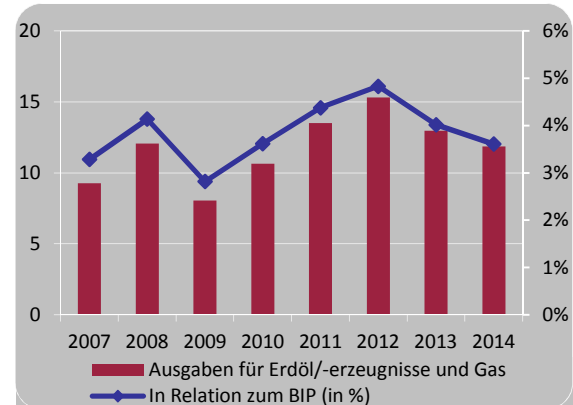
Quelle: EIA (2015) und Statistik Austria (2015)

Allgemein hat der Ölpreis in den letzten Jahren eine dynamische Entwicklung erfahren: Der Tiefststand wurde zu Beginn des Krisenjahres 2009 dokumentiert, als ein Barrel für knapp unter \$ 40 gehandelt wurde. Seitdem hat sich der Ölpreis erholt und wurde bis August letzten Jahres über der \$ 100-Marke gehandelt.

Die Ölpreisentwicklung hat unterschiedliche Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft. Zuerst einmal ergibt sich eine inflationsdämpfende Wirkung (importierte Inflation):

Dies schlägt sich vor allem in den niedrigeren Treibstoff- und Heizölpreisen nieder, die sich im Zwölfmonatsvergleich als Hauptpreisdämpfer herausgestellt haben und ohne welche die Inflation (Jänner 2015: +0,6 %) fast doppelt so hoch gewesen wäre<sup>16</sup>.

Abbildung 6: Importausgaben in € Mrd.



Quelle: eigene Berechnung IHS Kärnten

In der Folge resultieren daraus niedrigere Produktionskosten, die - zumindest teilweise - an die privaten Haushalte weitergegeben werden und folglich die Kaufkraft derselben stärken. Hieraus könnte kurzfristig eine Konjunkturbelebung resultieren, sofern der private Konsum zunimmt. Auf die Handelsbilanz hat die Preisentwicklung ebenfalls positive Effekte: Denn die Einfuhr von fossiler Rohenergie hat in den letzten Jahrzehnten mengenmäßig deutlich zugenommen, wobei diese im Jahr 2007 wertmäßig rund 3,3 % und im Jahr 2014 rund 3,6 % am nominellen BIP ausmachten. Ein Preisverfall bedingt somit ein geringeres Handelsbilanzdefizit. Wie aus Abbildung 6 ersichtlich ist, sanken im Jahr 2014 wegen des niedrigen Ölpreises die wertmäßigen Einfuhren für Erdöl/-erzeugnisse und Gas um etwa € 1,1 Mrd. gegenüber dem Vorjahr auf € 11,9 Mrd. bei annähernd gleichbleibenden Mengen (-0,4 %).

Während sich in der kurzen Frist vermehrt positive ökonomische Wirkungen ableiten lassen, dürfen langfristige Struktureffekte nicht außer Acht gelassen werden. Gerade Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien oder in Energieeffizienzmaßnahmen sollen eine langfristige Abkehr von fossilen Brennstoffen ermöglichen. Ein niedriger Erdölpreis stellt jedoch die Wirtschaftlichkeit vieler solcher Investitionsprojekte in Frage und bremst somit eine Energiewende. Folgt man den Prognosen, beispielsweise der IEA, dürfte die Phase niedriger Rohölpreise nicht von langer Dauer sein und die Konsumenten müssen sich an einem langfristigen Preisniveau von zumindest \$ 100 pro Barrel orientieren. Albert Luger

<sup>16</sup> Statistik Austria. Pressemitteilung vom 24.02.2015  
Inflation sinkt im Jänner 2015 auf +0,6%.

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Arbeitsmarkt

Abbildung: Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 2014

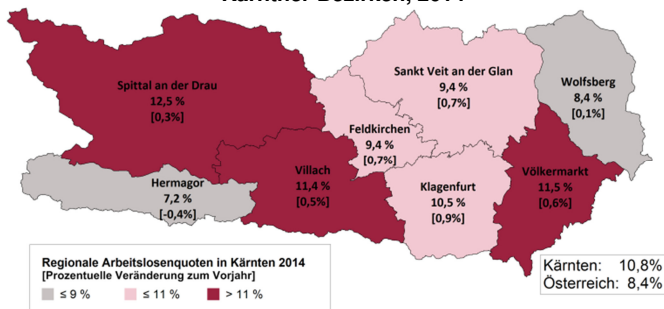
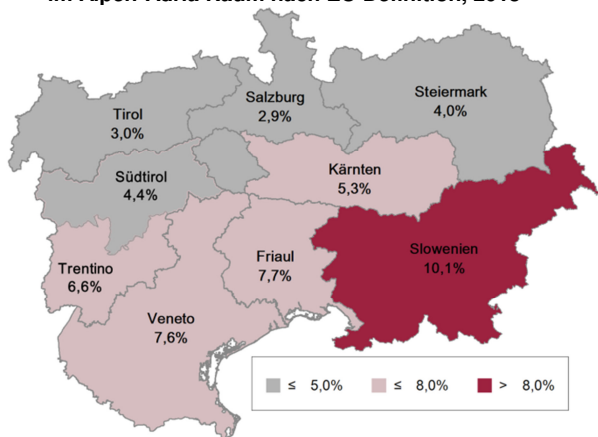


Tabelle: Beschäftigte (15-64 Jahre) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2013

	Bestand 2013 (in TSD)	Veränderung zum Jahr 2012 (in %)
Österreich	4.098,8	-0,3
Veneto	2.042,1	-2,8
Slowenien	888,1	-2,0
Steiermark	585,5	-0,5
Friaul	488,5	-1,6
Tirol	365,3	0,0
Salzburg	271,9	-1,1
Kärnten	255,9	-0,9
Südtirol	239,3	0,1
Trentino	227,7	0,5

Quelle: Eurostat (2015), online; eigene Berechnung IHS Kärnten

Abbildung: Arbeitslosenquoten im Alpen-Adria Raum nach EU-Definition, 2013



### Konjunkturprognose

Tabelle: Konjunkturprognose für Österreich und den Alpen-Adria Raum

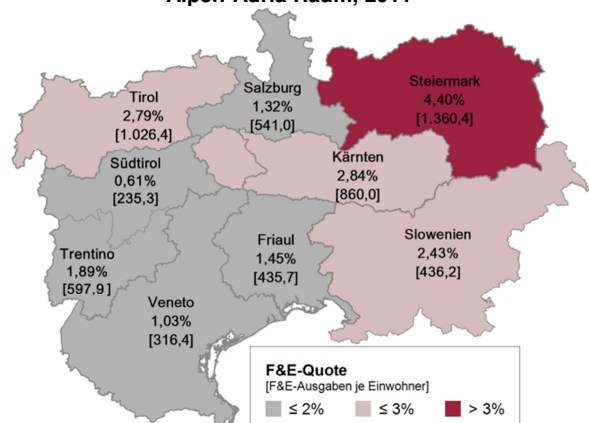
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2012	2013	2014	2015
BIP Österreich (real)	0,9	0,2	0,3	0,8
BRP Kärnten (real)	-0,6	-1,2	0,0	0,7
BIP Italien (real)	-2,3	-1,9	-0,4	0,1
BIP Slowenien (real)	-2,6	-1,0	2,2	1,5
Unselbständige Beschäftigung <sup>1)</sup> in Kärnten (absoluter Wert)	0,8 (201.030)	-0,7 (199.699)	-0,3 (199.148)	0,4 (200.000)
Arbeitslose in Kärnten (absoluter Wert)	3,6 (20.853)	11,9 (23.330)	5,7 (24.666)	1,4 (25.000)

<sup>1)</sup> ohne Präsenz- u. Zivildienstler, Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezieher  
Quelle: Statistik Austria, HVSV; BRP: ab 2014 Prognose IHS Kärnten; Beschäftigung, Arbeitslosigkeit: ab 2015 Prognose.

### F&E-Quote

Abbildung: F&E-Quote (in % des BIP) und F&E-Ausgaben je Einwohner (in Euro) im Alpen-Adria Raum, 2011



### Unternehmensstatistik

Tabelle: Gründungsrate<sup>2)</sup> (in %) und Zahl der schnell wachsenden Unternehmen (je 10.000 Unternehmen) im Alpen-Adria Raum, 2010

	Gründungsrate	Schnell wachsende Unternehmen
Steiermark	5,5%	62
Salzburg	5,4%	51
Kärnten	5,8%	49
Südtirol	5,0%	46
Tirol	5,8%	45
Slowenien	10,8%	44
Trentino	5,0%	36
Friaul	5,6%	32
Veneto	5,7%	29

<sup>2)</sup> im Verhältnis zur Grundgesamtheit der aktiven Unternehmen  
Quelle: Eurostat (2015)

### Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten  
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
Tel. (0463) 592150, Fax DW 23  
info@carinthia.ihs.ac.at  
E-Mail:  
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.  
Redaktionsschluss: 09.03.2015